	Studierendenschaft der Technischen Universität Darmstadt <b>BESCHLUSSVORLAGE</b>		Darmstadt, den 23. Februar 2005
	Referat: I	an den ASTA:	an das Studierendenparlament:
Beschluss-Nr.:	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis <input checked="" type="checkbox"/> zur Beschlussfassung <input type="checkbox"/> keine Beteiligung	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis <input checked="" type="checkbox"/> zur Beschlussfassung <input type="checkbox"/> keine Beteiligung	
4			

**Betreff: Abwicklung Fahrtkosten Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit (Mannheim)**

**Beschlussvorschlag:**

Der beleglosen Buchung des Vorgang 11196 vom 29.11.2004 wird zugestimmt.

Beschluss des ASTA vom 24.02.2005: Der Vorlage wird zugestimmt

Beschluss des StuPa vom 27.04.2005: - steht aus -


**Begründung:**

Am 29. November 2004 fand in Mannheim eine Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit statt, an der der Verein kamerunischer Studierender mit einer größeren Anzahl von Personen teilgenommen hat. Für die Veranstaltung war im Vorfeld eine Unterstützung in Form von Fahrtkostenübernahme sowie der Übernahme von Demokosten gestellt worden. Dem Antrag wurde vom ASTA in der Sitzung vom 4. November 2004 stattgegeben.

Die Teilnehmer wurden von der ASTA-Referentin Bianca Hildenbrand begleitet, die bereits vor Fahrtantritt der Gruppe nach Weinheim gefahren war, um dort die entsprechenden Fahrtberechtigungen in Form von Fünfer-Gruppenkarten (insgesamt 12 Tickets zu 12,50 Euro) für den VRN am Automaten zu erwerben. Zu diesem Zweck wurde Frau Hildenbrand im Vorfeld der Fahrt vom ASTA-Referenten Felix Weidner die Summe von 150 Euro in Bar ausgehändigt. Da die Tickets im Sinne einer vereinfachten Rückfahrt im Verlauf der Demonstration an die Teilnehmer aus Darmstadt ausgegeben und im Nachlauf nicht wie gefordert zurückgegeben wurden, sind für die entstandenen Fahrtkosten keine Belege mehr vorhanden.

Das Problem ist nun bekannt und wurde bereits bei der Demonstration gegen allgemeine Studiengebühren am 3. Februar 2005 durch den Kauf der Fahrkarten am Schalter und der Abrechnung über die EC-Kartenbelege umgangen. Zudem steht in Aussicht, dass der RMV sein Übergangstarifgebiet ab dem Frühjahr 2006 bis nach Mannheim/Heidelberg ausdehnt.

Die Gremien werden daher im Zustimmung für die beschriebene Vorgehensweise gebeten.

	Studierendenschaft der Technischen Universität Darmstadt <b>BESCHLUSSVORLAGE</b>		Darmstadt, den 13. April 2005
	Referat: I	an den ASTa:	an das Studierendenparlament:
Beschluss-Nr.:	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis <input checked="" type="checkbox"/> zur Beschlussfassung <input type="checkbox"/> keine Beteiligung	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis <input checked="" type="checkbox"/> zur Beschlussfassung <input type="checkbox"/> keine Beteiligung	
5			

**Betreff: Arbeit des Ausländerreferats**

**Beschlussvorschlag:**

Der ASTa wird beauftragt in diesem Jahr für die Einberufung und Durchführung einer AusländerInnen-Vollversammlung zu sorgen, um eine akzeptable Legitimierung der neuen Ausländerreferenten sicherzustellen.

Sollte diese Maßnahme nicht zu einer Verstetigung der Arbeit des AusländerInnenreferats führen, wird der ASTa mit der Vorbereitung alternativer Einbindungsformen jenseits der Autonomie des Referats beauftragt.

Dem ASTa wird für diesen Fall die Kürzung der Bezüge der AusländerInnenreferenten freigestellt.

Beschluss des ASTa vom 13.04.2005: Der Vorlage wird zugestimmt.

Beschluss des StuPa vom 27.04.2005: - steht aus -

**Begründung:**

Die Arbeit des autonomen AusländerInnenreferats hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen und inzwischen ein absolut unbefriedigendes Maß erreicht. Die dem Referat ursprünglich zugedachten Aufgaben, speziell die aktive Vertretung der Interessen ausländischer Studierender, wird nicht mehr wahrgenommen. Diese Aufgabe wird inzwischen weitestgehend vom Referat II (Soziales) im Rahmen der Sozialberatung mitübernommen.

Die von der jährlich einberufenen AusländerInnenvollversammlung gewählten Referenten müssen vom ASTa aufgrund der Autonomie als Referenten eingestellt werden. Dabei ist festzustellen, dass die eigenständige Organisation der Vollversammlung in den letzten Jahren nicht funktioniert hat und durch mangelnde Öffentlichkeitsarbeit kein ausreichender Bekanntheitsgrad der Versammlung gegeben war. So wurden i.d.R. die Personen gewählt, die den größten Bekanntenkreis zu der Versammlung mitbrachten. Kontrollen, ob die wählenden Personen überhaupt an der TUD immatrikuliert waren, fanden nicht statt.